

Besprechungen

Heckscher, Eli F.: *An Economic History of Sweden*. Translated by Göran Ohlin. With a Supplement by Gunnar Heckscher and a Preface by Alexander Gerschenkron. Cambridge Mass. 1954. Harvard University Press. XLII u. 308 S.

Das vorliegende Werk stellt eine Übersetzung der 1941 erschienenen schwedischen Wirtschaftsgeschichte „Svenskt arbete och liv“ dar, ein knapper Extrakt aus der damals im Erscheinen begriffenen vierbändigen Wirtschaftsgeschichte Schwedens (die 1949 vollendet wurde). Allerdings hat H. bis in die letzten Tage vor seinem Tode (1952) an der für die Übersetzung formulierten Fassung noch ergänzt, verbessert und gefeilt, so daß sie mehr ist als eine bloße Übersetzung. Auf der anderen Seite hat er das letzte Kapitel nicht mehr selbst schreiben können; es ist (unter der Überschrift „The Disintegration of nineteenth-century Society“) von seinem Sohn Gunnar Heckscher, Professor of Political Science an der Universität Stockholm, hinzugefügt worden. Der Herausgeber Alexander Gerschenkron hat einen Nachruf auf Eli F. Heckscher vorangestellt, in dem seine wissenschaftlichen Verdienste und seine politische Haltung gewürdigt werden.

Bei der Auswahl des Stoffes — denn um etwas anderes konnte es sich angesichts des knappen Raumes ja nicht handeln — fällt auf, daß das Mittelalter sehr knapp behandelt wird, etwas zu knapp, wie dem Rez. dünken will. Das erscheint verständlich, wenn man bedenkt, daß H.'s Interesse lange Zeit der Epoche des Merkantilismus galt, also doch Ereignissen der neueren Zeit. Als charakteristisch kann man die Bemerkung auf S. 13 ansprechen, wo er die Frage nach der Gliederung des wirtschaftsgeschichtlichen Ablaufes ebenso überraschend wie entschieden in einer Zweiteilung entscheidet: „l'ancien régime“ und „le nouveau régime“. Doch gliedert er dann doch etwas reichlicher, wenn auch weniger systematisch: Den einleitenden Ausführungen folgt ein Kapitel über das Mittelalter, dann ein zweites mit dem Titel „The maturity of the medieval economy (1520 bis 1600)“; das dritte Kapitel behandelt die fremden Einflüsse und die wirtschaftlichen Wandlungen 1600 bis 1720; das vierte Kapitel erhält fast so etwas wie eine Zentralstellung, es behandelt die Begründung des modernen Schweden (1720 bis 1815), während das letzte seiner Feder entstammende Kapitel sich mit den großen Wandlungen des 19. Jahrhunderts beschäftigt.

Zur Kennzeichnung der wirtschaftlichen Situationen stützt sich H. vielfach auf Zahlen, die er aus Quellen zusammenträgt und auswertet.

Mit einer gewissen Betonung wendet er sich (S. 10) gegen die verbreitete, aber abwegige Auffassung, daß man Zahlenmaterial für die Perioden, die noch keine entwickelte Statistik gekannt hätten, nicht heranziehen könne.

Im Hinblick auf die Auswahl der Themata ist zu sagen, daß H. ein verständliches Gewicht darauf legt, die Bedeutung derjenigen Wirtschaftszweige herauszuheben, die für Schweden ein besonderes Gewicht gehabt haben und noch haben, wie etwa Bergbau und Hüttenwesen, Forst- und Landwirtschaft. Aber auch dem Geldwesen, der Ausbildung der Kreditwirtschaft und den Bevölkerungsverhältnissen wird besondere Beachtung geschenkt.

Ob man diese oder jene Frage anders beurteilt als H., sich also etwa nicht recht entschließen kann, das 16. Jahrhundert als eine Zeit des Ausreifens des mittelalterlichen Wirtschaftssystems zu bezeichnen, oder auch die Differenzierung in denjenigen Jahrhunderten, die man gemeiniglich mit dem gehaltlosen Ausdruck Mittelalter bezeichnet, stärker betonen will, als H. das tut: es bleibt der Eindruck eines großartigen Wurfes, den nur ein Meister seines Faches als reife Frucht einer langen Lebensarbeit vorzulegen in der Lage ist.

Friedrich Lütge - München

Klingelhöfer, Erich: *Die Reichsgesetze von 1220, 1231/32 und 1235*. Ihr Werden und ihre Wirkung im deutschen Staat Friedrichs II. (Quellen und Studien zur Verfassungsgeschichte des deutschen Reiches in Mittelalter und Neuzeit. Band VIII, Heft 2.) Weimar 1955. Verlag Hermann Böhlau Nachfolger. 240 S.

Diese auf Anregung von Edmund Stengel und unter seiner Leitung entstandene Untersuchung befaßt sich mit den unter Friedrich II. ergangenen Reichsgesetzen, der „Confoederatio cum principibus ecclesiasticis“, dem „Statutum in favorem principum“ sowie dem damit zusammenhängenden großen Landfrieden zu Mainz von 1235. Einige weitere einschlägige Reichsgesetze dieser Zeit werden herangezogen. Das in diesem Buch neu aufgegriffene Thema ist die Frage, ob und inwieweit Friedrich II. ein unmittelbares Reichsinteresse gehabt habe, speziell, ob in dieser Gesetzgebung eine Preisgabe wichtiger Rechte der Krone zu erblicken sei, ausgelöst von der Tatsache, daß Deutschland für ihn nur am Rande seines politischen Interesses lag, oder aber ob diese Gesetzgebung als eine Fortführung der Reichspolitik von Friedrich Barbarossa angesehen werden könne oder gar müsse. Der Verf. kommt zu dem Ergebnis, daß letztere Auffassung die richtige sei. Die Folge ist, daß er diesen Reichsgesetzen auch nicht die Bedeutung für die Konsolidierung der Territorialstaaten zuerkennen kann, die häufig behauptet worden ist.

So mag auf diese wichtige Veröffentlichung, wenn sie auch am Rande der sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Fragestellung liegt,

gleichwohl hingewiesen werden. Soweit sich der Rezensent ein Urteil erlauben kann, handelt es sich um eine sehr sorgfältig aufgebaute, das Material ausschöpfende Untersuchung.

Friedrich Lütge - München

Die ältesten Steirischen Landtagsakten 1396 bis 1519. Teil I: 1396 bis 1452. Bearbeitet von Burkhard Seuffert und Gottfriede Kogler. (Quellen zur Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte der Steiermark, hrsg. von der Historischen Landeskommission für Steiermark. Bd. III, Teil I.) Graz-Wien-München 1953. Verlag Stiasny G.m.b.H. 1953. XXII u. 147 S.

Mit dem vorliegenden ersten Teilband ist die Aufgabe, die ältesten steirischen Landtagsakten zu publizieren, in Angriff genommen worden. In Vorwort und Einleitung wird in guter Form alles Erforderliche über Plan, Quellenlage, Art und Aussagekraft der Akten usw. gesagt und überdies eine Einführung in die Entwicklung des landständischen Gedankens gegeben, auf die ganz besonders hingewiesen sei. Sie zeigt, wie der Gedanke der landständischen Vertretung aus der Munt und dem germanischen Herrschaftsgedanken herauswächst und sich in diesem rechtlichen Rahmen langsam eine Mitsprache der Stände („Landleute“ genannt) herausbildet. So liegt das Schwergewicht dieser Publikation erklärlicherweise im Bereiche der Verfassungsgeschichte. Auch für die Heeres- und Kriegsgeschichte finden sich in den Rüstungsanschlügen, die in größerer Zahl erhalten sind, wichtige Angaben; es sind namentlich die Hussiten- und Türkenkriege, die in dieser Gattung von Archivalien ihren Niederschlag gefunden haben. Aber aus dem Inhalte vieler der mitgeteilten Urkunden und sonstigen Akten wird auch der Wirtschaftshistoriker manches entnehmen können. Denn es sind ja nicht selten wirtschaftliche Fragen, die auf den Landtagen zur Diskussion stehen. Von diesen haben die Steuerfragen die größte Bedeutung, und so nehmen denn auch in der hier vorgelegten Publikation Steueranschlüge und alles, was sonst mit Steuerbewilligung und -eintreibung zusammenhängt, einen verhältnismäßig großen Raum ein. Aber auch andere Fragen tauchen auf. Schon die erste Urkunde von 1396 enthält eine Bestätigung eines älteren Weinfuhrprivilegs der steirischen Stände durch Herzog Wilhelm, wobei es sich um österreichischen Wein handelt. Eine Reihe anderer Urkunden betreffen Bauernzählungen (S. 90 ff.); es handelt sich dabei namentlich um Urkunden aus den ersten Regierungsjahren Kaiser Friedrichs III., der offenbar bestrebt war, so etwas wie eine Bestandsaufnahme durchzuführen, wobei die Pfarrer als Erhebungs-Personen eingeschaltet wurden. In manchen Urkunden sind genaue Zahlenangaben über die Bauern der Pfarrbezirke erhalten, leider keine vollständige Liste. So erscheint es berechtigt, auch in dieser Zeitschrift auf diese verdienstvolle Publikation hinzuweisen.

Friedrich Lütge - München

F r a n z , G ü n t h e r : *Verwaltungsgeschichte des Regierungsbezirks Lüneburg.* Mit 13 Übersichtskarten im Text sowie 2 farbigen Faltkarten und 3 Bildtafeln im Anhang. (Niedersächsisches Amt für Landesplanung und Statistik: Veröffentlichungen, hrsg. von Kurt Brüning, Reihe A 1: Natur, Wirtschaft, Siedlung und Planung. Bd. 54.) Bremen-Horn 1955. Walter Dorn Verlag. X u. 141 S.

Es ist Gustav Schmoller gewesen, dem wir im wesentlichen die Erschließung der Verwaltungsgeschichte als Sonderzweig der Geschichtswissenschaft zu verdanken haben. Leider ist die Zahl der Historiker, die sich darum bemühen, nicht groß. Und so muß es von vornherein begrüßt werden, daß G. Franz sich in diesem Falle um die Darstellung der Geschichte einer Verwaltungseinheit bemüht hat, wie wir sie sonst — wenn ich recht sehe — nur für den Regierungsbezirk Osnabrück, die Provinz Westpreußen und die Rheinprovinz vorliegen haben. Der Regierungsbezirk Lüneburg war ein besonders dankbares Untersuchungsobjekt, einmal deswegen, weil seine Grenzen auch heute noch sich fast genau mit denen des alten Fürstentums Lüneburg decken, wie es 1428 anlässlich der letzten Hauptteilung des braunschweigischen Fürstentums gebildet wurde. Und zum andern handelt es sich um ein Gebiet, das sowohl in der Haltung seiner Bewohner wie in seiner sozialen und wirtschaftlichen Struktur durch eine größere Konservativität gekennzeichnet ist als andere Gebiete. Das drückt sich im besonderen etwa in der land- und ritterschaftlichen Verfassung aus, die in abgeschwächter und gewandelter Form, aber immerhin doch bis in die Gegenwart hinein sich erhalten hat, wobei wohl ins Gewicht fiel, daß im Zuge der liberalen Bodenreformgesetzgebung in der Mitte des 19. Jahrhunderts auch die Bauern ihre Vertretung in der Lüneburger Landschaft erhielten. In erfreulicher Weise wird neben der staatlichen Verwaltung auch die Selbstverwaltung berücksichtigt, so daß die sonst gegebene Einseitigkeit glücklich vermieden ist. Alles in allem also eine Arbeit, die warm begrüßt werden kann. F r i e d r i c h L ü t g e - M ü n c h e n

B e c k , F r i e d r i c h : *Die wirtschaftliche Entwicklung in der Stadt Greiz während des 19. Jahrhunderts.* Ein Beitrag zur Geschichte der Industrialisierung in Deutschland. Weimar 1955. Hermann Böhlau Nachfolger. XXIV u. 270 S.

Die vorliegende Schrift ist aus umfangreichem Quellen- und Literaturstudium herausgearbeitet worden und kann als eine erfreuliche Leistung und zugleich als Bereicherung unserer Kenntnisse um die Entwicklung der gewerblichen Wirtschaft im 19. Jahrhundert begrüßt werden. Sie hätte allerdings noch mehr gewinnen können, wenn der lokalgeschichtliche Rahmen noch häufiger zugunsten eines Einbaues des lokalen Geschehens in das Gesamtgeschehen durchbrochen worden wäre, als es geschieht. Aber immerhin ist erfreulich, daß sich Verfasser immer wieder darum bemüht, so etwa bei der Darstellung der Entfaltung des Verkehrswesens, der Auswirkungen der Kontinentalsperre

und des Deutschen Zollvereins. Leider ist die so wichtige Untersuchung von Georg Jahn über die Entstehung der Fabrik („Schmollers Jahrbuch“, 69. Jg., 1949) nicht benutzt worden; auch die „Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte“ des Rezensenten ist ihm offenbar unbekannt geblieben. Eine bessere Kenntnis der großen Zusammenhänge hätte den Verf. vielleicht vor solchen abwegig-generalisierenden Urteilen bewahrt, wie z. B. auf S. 3, wo unhaltbare Aussagen über die „völlige Stagnation“ zu finden sind, die seit Ausgang des 19. Jahrhunderts die deutsche Wirtschaft kennzeichne, wobei Wirtschaftskrisen auf Wirtschaftskrisen folgen und die Periode des Verfalls der kapitalistischen Produktionsweise einleiten. Vielleicht ist aber solche sachlich ja nicht haltbare Formulierung nur als notwendige Konzession an das von den ostzonalen politischen Machthabern für gültig erklärte Dogma zu betrachten. Erfreulich ist jedenfalls, daß sich der Verfasser sonst in seinen Untersuchungen und Darlegungen nicht durch derartige Ideologien von echter wissenschaftlicher Haltung abbringen läßt.

Verf. beginnt mit einer Darstellung der Situation um 1800, die noch durch die Vorherrschaft der Zünfte und die handwerkerliche Produktionsweise bestimmt ist. Dabei widmet der Verf. besondere Aufmerksamkeit der Kontinental Sperre mit ihrer belebenden Auswirkung auf die gewerbliche Produktion. Das nächste Kapitel ist der Entwicklung zwischen 1835 und 1855 gewidmet, die durch das Aufkommen des modernen Fabrikwesens gekennzeichnet ist, wobei in sehr berechtigter Weise auch auf die soziale Situation eingegangen wird. Das dritte Kapitel ist der weiteren industriellen Entwicklung von 1855 bis 1870, die durch die Entfaltung des modernen Verkehrswesens mitgetragen wird, das letzte Kapitel den letzten drei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts gewidmet. Alles in allem also eine erfreuliche Leistung.

Friedrich Lütge - München

Mommsen, Wilhelm: *Stein, Ranke, Bismarck*. Ein Beitrag zur politischen und sozialen Bewegung des 19. Jahrhunderts. München 1954. Verlag F. Bruckmann. 304 S.

Dieses Buch faßt drei monographische Untersuchungen zusammen, die gerecht nur gewürdigt werden können, wenn man sie neben die sonstigen Studien des Verfassers über die politischen Strömungen des 19. Jahrhunderts stellt, wie etwa die über Goethe und die über 1848. Kernanliegen des Verfassers ist die Frage, ob und inwieweit das Denken Bismarcks und die von Bismarck gefundene politische Lösung sich gegenüber der Haltung anderer unterscheidet. Und so gewinnt dieses Buch seine wichtigste Charakterisierung durch den Versuch zu zeigen, wie mit Bismarck eine ganz neue Haltung sich durchzusetzen beginnt, besonders seit 1866, getragen von dem Willen zu einer preußischen Großmachtpolitik, die einen Dualismus mit Österreich, der bis dahin eigentlich als weitgehend unproblematisch empfunden wurde, nicht mehr hinzunehmen gesonnen ist. Auf diese Problematik hier näher einzugehen, ist unmöglich. Hingewiesen sei aber auf ein an-

gefügtes viertes Kapitel „Zur Beurteilung des politischen und sozialen Denkens im 19. Jahrhundert“ (S. 257 ff.), in dem einige Ergebnisse zusammengefaßt werden. Dabei scheint dem Rezensenten am wichtigsten der Hinweis darauf, daß das ganz Europa gemeinsame Gedankengut in Deutschland auf „ganz andere Voraussetzungen und Probleme“ stößt und hier eine andersartige Entwicklung sich vollzieht. Die längere Wirksamkeit des aufgeklärten Absolutismus und des monarchistischen Denkens ist für M. die bedeutsamste Tatsache, die dieses Ergebnis zeitigt. Wenn man vielleicht den Gründen dafür noch weiter nachgehen könnte (so etwa der Frage, welchen Anteil daran das Erlebnis der napoleonischen Kriege gehabt hat), so liegt in dem Gesagten gleichwohl eine richtige, allerdings nicht zum erstenmal formulierte Erkenntnis. Sie erhält ihre wesentliche Beleuchtung durch den Hinweis, daß zunächst zweierlei Ausprägungen dieser Haltung nebeneinanderstehen, nämlich ständisch-patriarchalische und „fiedericianische“. Erst Bismarck hat die inzwischen im Schwinden begriffene Vorstellung von der Großmachtstellung Preußens wieder aufgegriffen und sie zum Siege geführt. Die Auseinandersetzung des Liberalismus mit dieser Vorstellung bildet in der Tat ein wesentliches Geschehen dieser Zeit. Alles in allem ein besinnliches, zum Nachdenken anregendes Buch.

Friedrich Lütge-München

Groener-Geyer, Dorothea: *General Groener, Soldat und Staatsmann*. Frankfurt am Main 1955. Societäts-Verlag. 400 S.

Die Tochter hat eine Biographie des Vaters verfaßt, der eine der umstrittensten Persönlichkeiten der neueren deutschen Geschichte ist. Dazu könnte man vielleicht sagen, daß ein politisches Interesse an einer solchen Biographie nicht mehr vorhanden ist, weil uns heute andere uns näher liegende Fragen beschäftigen und auf eine Lösung harren. Doch der Historiker und der Soziologe wird demgegenüber, wenn er die Biographie Groeners liest, sehen, wie sich in der Person des Generals alle die Kräfte treffen und brechen, die uns dahin geführt haben, wo wir heute stehen, die auch heute noch unter der Oberfläche schlummern und sich regen. Damit wird das Buch der Verfasserin zu mehr als zu einer Lebensbeschreibung eines bewährten Generals und eines befähigten Ministers. Deswegen lohnt es, sich mit ihm zu beschäftigen. Aber damit taucht die Frage auf, ob gerade die Tochter den notwendigen Abstand von Personen und Dingen hat, um das, was den Vater anging, objektiv darzustellen und zu würdigen.

Um mit dem letzten Punkt zu beginnen, so hat die Verfasserin vielleicht sogar gelegentlich auf Kosten der Flüssigkeit und Eleganz der Darstellung im weitem Umfang Dokumente zitiert, die noch durch eine umfangreiche Beilage ergänzt werden; und die zahlreichen Zitate lassen entweder den General selber oder andere über ihn sprechen. Auf diese Weise werden Vorgänge und Beweggründe belegt.

Die politischen Kräfte, die maßgebend die deutsche Entwicklung bestimmt haben, läßt die Verfasserin deutlich hervortreten, einmal

in dem Gegensatz Groeners zu Ludendorff und in seinem Verhältnis zu Hindenburg. Der Gegensatz zu Ludendorff bestand darin, daß Groener wohl Ludendorffs Können und Energie anerkannte, aber in ihm die menschliche Größe und die politische Befähigung vermißte. so daß Ludendorff einfach militärisches Denken und Befehlen auf die Politik zu übertragen suchte. In seiner politischen Instinktlosigkeit geriet er dadurch in die Abhängigkeit von den Alldeutschen und der Vaterlandspartei und verlor den Blick für das politisch Mögliche. Demgegenüber ist Groener der nüchterne, kühl abwägende Kopf, der als württembergischer Demokrat früher als die anderen Generale und auch als Ludendorff die Notwendigkeit innerer und sozialer Reformen erkennt und sich dafür einsetzt. Trotzdem steht er fest auf dem Boden der Monarchie. Doch die anonymen Kräfte verhindern es, daß er in die Lage kommt, bei einem von der Kaiserin arrangierten Essen dem Kaiser seine Ansichten zu äußern. Sehr charakteristisch tritt seine Auffassung in einem Brief an seine Frau hervor, wenn er am 18. Oktober 1918 schreibt: „Vor mehr als zwei Jahren habe ich den Minister Breitenbach auf den drohenden Umsturz hingewiesen und davor gewarnt, unsere militärische Lage zu überschätzen. Noch im vorigen Jahr habe ich versucht, im Kreise der O.H.L. eine nüchternere Auffassung unsrer Lage herbeizuführen.“ . . . „Ludendorff hat das letzte Spiel gewagt und es verloren. Es ging über unsre Kraft!“ In diesen Sätzen tritt der Kampf Groeners gegen die deutsche Neigung zu Illusionen hervor, die die deutsche Politik seit dem Abgang Bismarcks beherrscht hat. Trotzdem ist auch Groener nicht frei von romantischen Einflüssen, wenn er in den entscheidenden Novembertagen davon spricht, daß Kaiser Wilhelm II. die Monarchie durch seinen Soldatentod an der Spitze der Truppe retten solle. Hier versagte einmal die kühle nüchterne Art des Generals.

Nach der Niederlage ist Groeners Leben ein ständiger Kampf gegen die Illusionen gewesen, in denen sich die sogenannte „nationale“ Opposition bewegte. In diese Illusion wurde auch in den späteren Jahren seiner Präsidentschaft der Feldmarschall-Reichspräsident mehr und mehr verstrickt. Groener als der nüchterne Beurteiler und als der Mann, der sein Handeln sachlich auf die Notwendigkeiten der Stunde einstellte, wurde von den Illusionisten bekämpft und als ein Mann hingestellt, der seine Vergangenheit verleugnete. Die furchtsame Mitte und die zaghafte gemäßigte Linke ließ ihn im Stich und damit war der Boden unterhöhlt, auf dem er als Innen- und Reichswehrminister stand. Sein Ziel war eine „überparteiliche Politik gegen jegliches Partei- und Ländergemecker durchzuführen“, um das Reich vor den Experimenten der Radikalen von rechts und von links zu bewahren. Aber dazu fehlte ihm auch die Kenntnis und die Gewandtheit in der politischen Taktik, wie die Verfasserin nachweist. Die politische Taktik überließ er der Holstein-Figur des Generals v. Schleicher. Dadurch wurde die klare Linie seiner Erkenntnis und seines Handelns gebrochen, und an der Un

klarheit, die dadurch seine Stellung zu den Wehrverbänden bekam, ist er gescheitert.

Dieses Zusammenwirken der illusionären Kräfte von rechts und die parteipolitische Engstirnigkeit der Mitte und der gemäßigten Linken wurde Groeners Schicksal, und sie wurden auch das Schicksal des deutschen Volkes. Darin aber trat zu Tage, daß dem deutschen Volk die nationale Idee gefehlt hat, die ihm seine Aufgabe auferlegte, an die es glaubte. Im Glauben an eine solche Aufgabe hätten sich die Kräfte sammeln können, die dann das Fundament für eine sachliche Politik abgaben, wie sie Groener vor Augen schwebte. Solange eine solche Konzentration der Kräfte nicht möglich war, mußte die von Groener befolgte Politik scheitern, weil ohne nationale Idee die politischen Kräfte sich zersplittern, wie das in Deutschland zur Zeit der Weimarer Republik der Fall war. Das zeigt das Buch der Verfasserin, und deswegen hat es Bedeutung auch für die Gegenwart.

W. M. F r h r. v. B i s s i n g - Kassel-Marburg

Z a r n o w i t z, V i k t o r: *Die Theorie der Einkommensverteilung.* Entwicklung und heutiger Stand. Tübingen 1951. Verlag I. C. B. Mohr (Paul Siebeck). XII, 276 S.

Das Buch behandelt eine besonders auch durch die kommende Tagung des Vereins für Sozialpolitik sehr aktuelle Frage. Es ist die erheblich erweiterte Fassung einer Dissertation, mit welcher der Verfasser 1949 in Heidelberg promovierte. Von seinem Lehrer Erich Preiser gelangt er auch zu Franz Oppenheimer. Daher vermißt man bei den reichlichen Literaturangaben Eugen Dühring, dessen Einfluß u. a. aus Gerhard Albrechts Dühring-Monographie¹ deutlich hervorgeht und von Oppenheimer besonders mündlich auch zugegeben wurde.

Den Verfasser interessiert besonders das Verhältnis der Grenzproduktivitätstheorie der Verteilung zu jener Lehre, die sich mit den realen Auswirkungen der soziologischen Datenkonstellation beschäftigt. Er versucht einen Beitrag zur Synthese repräsentativer Meinungen zu geben, wie es in der Einleitung heißt. Wenn allerdings Einfachheit das Resultat der Reife ist, so muß man bedauern, daß die Darstellung des schon an sich so schwierigen Stoffes u. a. noch durch viele Fremdwörter erschwert wird. Auch aus dem oft sichtbaren Bemühen, sich nicht festzulegen, spricht die Vorsicht des Suchenden.

Nach Berührung des Werdegangs der modernen Verteilungstheorie geht der Verfasser im 1. Teil zu der — von Oppenheimer ganz abgelehnten — Zurechnungslehre über. Auch Z. hält sie für großenteils überholt (S. VII, 65). — Da aber — entgegen Rae und besonders T h ü n e n

¹ Es erleichtert die Lektüre wesentlich, wenn man diese Monographie (Jena 1927) sowie Preisers Aufsatz in der Festgabe für Alfred Weber (Synopsis, Heidelberg 1949) mit heranzieht.

(auf den sich Clark beruft) — die Kapitalgüter nicht nur die Schaffung von mehr Genußgütern ermöglichen (wodurch die Arbeitswertlehre ihren Schlußstein erhielt), sondern auch von anderen und besseren, und übrigens auch die Böden (von Wohnzwecken ganz abgesehen) besonders unter verschiedenen Himmelsstrichen sehr verschiedenartige Früchte hervorbringen (der Weinboden also keine Ausnahme darstellt): so wird sich das Wertverhältnis der — meist zusammenwirkenden — Produktionsfaktoren nur aus dem Wertverhältnis der möglichen Produkte ergeben. Die Faktoren sind also nicht durch Arbeit, sondern durch ihre Bedeutung in den Augen der Verbraucher kommensurabel. Aus vielen Gleichungen ergeben sich bestimmte Höchstwerte. Die Praxis findet diese offenbar durch Probieren. Nur so ergibt sich auch eine relativ gute Verteilung der Produktionsfaktoren (als letzten knappen Produktionsmitteln) auf die verschiedenen Erzeugungszwecke. Entgegen Z. können wir also ohne die Zurechnungsmethoden — wie immer diese aussehen mögen — offenbar nicht auskommen. Für die sozialpolitische Beurteilung der Einkommensquellen hat diese subjektive Erklärung (statt der früheren objektiven, in Arbeit oder ersparter Arbeit berechneten) keine Bedeutung. Gegen Cassel vermisste ich den Einwand, daß jeder einzelne immer nur über eine sehr kleine Teilmenge eines Produktionsfaktors verfügt und also nicht das ganze Produktionsergebnis in Frage stellen kann. — Z. sieht offenbar (S. 46) nicht, daß Clarks „letzter Maßstab des Güterwertes“, das Arbeitsgrenzleid, das auch Liefmann so in den Vordergrund stellt und einen anglo-amerikanischen Flügel der Grenzwerththeorie schuf (s. Böhm-Bawerk Pos. Theorie II, Exkurs IX), sozusagen nur die absolute, auch für einen Robinson oder nur bei einer Güterart geltende, nicht aber die für die Einkommensverteilung allein wichtige relative Werthöhe (Ricardos und Thünens Kostengesetz) betrifft.

In dem der mikroökonomischen Grundlegung gewidmeten 2. Teil bringt Z. die betriebswirtschaftlichen und psychologischen Grundlagen für den der Makroökonomik der Verteilung gewidmeten 3. Teil des Buches. Der Grenzproduktivitätsgedanke wird als Folgerung aus dem Prinzip der Gewinnmaximierung gesehen. Dennoch meint Z., die Marktposition der Arbeiter wäre derjenigen der Unternehmerkapitalisten selbst dann noch längst nicht ganz gleich, wenn volle Beweglichkeit der Arbeiter und vollkommene Konkurrenz zwischen den Unternehmern um deren produktive Dienste beständen (was übrigens nur in der Vorstellung eines Theoretikers möglich sei). „Denn außer dem Grad der relativen Seltenheit . . . ist noch das Moment der ‚relativen Langatmigkeit‘, des ‚Warten-Könnens‘ für das Kräftespiel auf dem Arbeitsmarkt maßgebend“ (S. 181). Nun sehe ich nur die Möglichkeit kollektiven Wartens etwa bei einem Streik (Z. S. 200), der allerdings den Lohn auch nicht über den Grenzertrag der Arbeit hinaus erhöhen kann, wenn nicht Arbeitslosigkeit eintreten soll, durch seine Produktivitätsminderung aber höchstens Augenblicks-, Teil- oder

Scheinerfolge haben kann, das Realeinkommen eher mindern wird. Auf dem Grenzertrag muß aber — auch entgegen Oppenheimer, Dühring und Thünen — der Lohn ohnehin stehen als Folge des auch von Thünen betonten Strebens, die Zahl der Arbeiter soweit zu steigern, bis das Mehrerzeugnis des letzten durch dessen Lohn absorbiert wird. Denn solange der Lohn nicht diese Höhe hat, besteht noch ungedeckte Nachfrage, die erst durch eine Lohnsteigerung infolge Konkurrenz verschwindet. Es ist die Konkurrenz auf seiten der Nachfrage, welche diesen Preis (auch ohne Ausweichmöglichkeit auf herrenlosen Boden) erzwingt (vgl. Thünen in einem Parallellfall I S. 203 ff.). Es ist hierzu nicht nötig, daß die Arbeiter die Produktivität ihrer Arbeit kennen (Z. S. 181, 200), was ja auch meist nicht möglich ist, — der Unternehmer muß sie kennen —, es genügt, daß sie dem höheren Lohngebot folgen. Gegen die Ausbeutungstheorie spricht auch noch der geringe Erfolg der Produktivgenossenschaften. — Gegen die Kaufkrafttheorie (S. 199 ff.) vermisste ich den Einwand, daß die Gesamtkaufkraft von der Höhe des Anteils einer Partei (Arbeiter) nicht berührt wird.

Die an der Unterbezahlung der Arbeiter in der allergen — durch große Besitzunterschiede gekennzeichneten — Wirtschaft Profitierenden sollen nun die Besitzer sein, denen der Zins als arbeitsloses Einkommen zufließt (S. 196, 220 ff.). In der autergen Wirtschaft mit wirklich freier Konkurrenz könne er kaum in Erscheinung treten. Die produzierten Produktionsmittel seien hier beliebig vermehrbar und daher nur zu Preisen verkäuflich, die gerade die Kosten der zu ihrer Herstellung notwendigen Arbeit decken. Dieser Satz stimmt. Es wird nicht schon darum jemand für zwei Boote verschiedene Preise bezahlen müssen, weil er eins zum Fischen und das andere zum bloßen unmittelbaren Vergnügen haben will. Aber stimmt auch der nächste? „Auch wird der Einsatz jedes solchen — beliebig vermehrbaren — Produktionsmittels in dem Prozeß soweit vorangetrieben werden, bis sich überall die Nettogrenzproduktivitäten seiner Dienste auf dem Niveau Null ausgleichen“ — so daß niemand für die Nutzung produzierter Produktionsmittel direkt oder für eine hierzu geliehene Geldsumme Zins zahlen könne noch wolle, worin Z. ein schlagendes Argument gegen eine statische Produktivitätstheorie des Zinses sieht (S. 222). Auf unseren Fall bezogen: Wird man unbedingt soviel Boote in Dienst stellen, daß die Fischpreise nicht einen Zins für das im Boot festgelegte Kapital zulassen? Es kann ja sein, daß — aus irgendwelchen Gründen — nicht soviel Kapital da ist, wie nötig wäre, um es überall dort anzuwenden, wo es mit Nutzen gebraucht werden kann. Denn selbst wenn man von Kriegs- oder Naturkatastrophen absieht, bedürfte es doch des — sicher schwer zu erbringenden — Beweises, daß die Menschen auf die Dauer gesehen bereit sind, auch ohne den Zinsanreiz soweit vorauszuarbeiten. Da selbst- und fremdbestimmte Arbeit nach gleichen Grundsätzen entlohnt wird, ist übrigens der Zins — entgegen Oppenheimer

und Z. S. 222, 243 — sozialpolitisch an sich harmlos, solange primär nur aus Arbeitseinkünften Kapital gebildet werden kann. Aber es gelang, „nach dem Zeugnis der Geschichte, einzelnen Menschen, sich als Herrn aller übrigen und als Herrn des Grund und Bodens aufzuwerfen. ... Hierdurch erlangten diese Menschen mühelos die Disposition über ein so bedeutendes Arbeitsquantum, daß sie, selbst bei verschwenderischem Genießen, dasselbe kaum zu erschöpfen vermochten. Sie befanden sich daher vor allen anderen in der Lage, jene nötig werdenden Darlehen geben zu können“ (Gossen S. 174).

Solche Besitzunterschiede, das muß man Z. nun doch zugeben, können über Senkung des Arbeitsgrenzertrages auch lohnenkend wirken. Das zeigt u. a. die Arbeit von Preiser. Der Mensch sucht nur bis zum Ausgleich von G e n u ß z u w a c h s an dem durch Arbeit Erworbenen und der durch die Arbeit verursachten B e s c h w e r d e zu arbeiten (Gossen S. 38). Je weniger nun der Mensch an sich besitzt, je später tritt dieser Punkt der relativen Sättigung, wie ich ihn nennen möchte, ein. Mit der längeren Arbeit sinkt aber auch deren Grenzertrag und damit Lohn, und zwar zugunsten der Grundrente! Bodenbesitz der Arbeiter bewirkt die umgekehrte Kettenreaktion. Ich möchte sagen, daß auch über schlechte körperliche und geistige Verfassung infolge Besitzmangel der Arbeitsertrag und damit der Lohn sinken kann. Als besonderes Beispiel kann man noch die Landvergeudung bei Großgrundbesitz anführen. Statt den Latifundienbesitz aufzuteilen oder jedenfalls die ungenutzten Flächen abzugeben, „kann für den großen Grundbesitzer, der ein Einkommen von 100 000 Talern besitzt, das Vergnügen, auf einem wüsten Revier ein paar Schweine zu erlegen, mehr Wert haben als die Vermehrung der Einkünfte um 1000 Taler. Zudem ist es Ehrensache, viel — wenn auch nutzloses — Land zu besitzen und nichts davon abzutreten“. So kommt Thünen zum Ergebnis: „Die Verteilung des Landes an die großen Lehnsträger ist das große Übel, woran Europa erkrankt ist“ (Textauswahl Braeuer, Meisenheim 1951. Vgl. E. M. Arndt, Über die Bauern). — Es ist schade, daß Oppenheimer, der an Thünen lediglich bedauerte, daß er an die „ursprüngliche Akkumulation“ geglaubt und damit seiner Zeit und seiner Gruppe den Zoll gezahlt habe (Arbeitslohn S. 51), diese zunächst als § 24 (Teil II) gedachten Partien infolge ihrer späten ersten Veröffentlichung² wohl nicht mehr kennengelernt hat. Er hätte dann eine bessere, berechnete Begründung für die Bodensperre gefunden, die ja nicht s p e k u l a t i v (Z. S. 246) sein kann, da der Lohn- und Druck doch vor allem der Gruppe zugute kommt. So können wir im Ergebnis Z. zustimmen. Wenn man dem Arbeiter Besitz gibt, so hilft man ihm doppelt, weil man auch seinen Lohn erhöht, und die Bestrebungen zur Vermehrung des Kleineigentums erscheinen berechtigt.

G e r h a r d L ü p k e s - G ö t t i n g e n

² Festschrift Seedorf-Seraphim, 1933.

R ö p e r , B u r k h a r d t : *Die vertikale Preisbindung bei Markenartikeln*. Untersuchungen über Preisbildungs- und Preisbindungsvorgänge in der Wirklichkeit. Tübingen 1955. Verlag I. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 194 S.

Der Verfasser verfügt über einen bekannten Namen in Preis- und Marktfragen. Das Thema wird wie die Kartellfrage seit Jahrzehnten lebhaft erörtert. Es handelt sich um eine gründliche Untersuchung, die darauf ausgeht, unter Berücksichtigung der Theorien den Vorgängen, wie sie die Wirklichkeit bietet, auf den Grund zu gehen.

Der Verfasser kennt und liebt die Marke, sieht aber auch ihre Schwächen und Gefahren. Der akute Anlaß für die vielseitige Erörterung des Markenproblems in der Gegenwart ist der seit Jahren heftig umkämpfte Entwurf eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen. Während der Markenartikel in der alten Kartellverordnung vom Jahre 1923 nicht ausdrücklich in die Staatsaufsicht einbezogen, trotzdem aber von der Verwaltung emsig verfolgt wurde, sieht der vorliegende Gesetzesentwurf auch Bestimmungen über die vertikale Preisbindung vor, die aber dem Markenartikel ein größeres Entgegenkommen zeigen als den Kartellen. Die lebhaften Diskussionen führten in diesem Zusammenhang zu der erfreulichen Klärung, daß die echte Marke allgemein als Sicherungs- und Schutzmittel der Qualität anerkannt wird. So sehr aber der Begriff der echten Marke im Geschäftsverkehr geläufig ist, so wenig ist es bisher gelungen, eine gesetzmäßige Abgrenzung zu finden, die den Bedürfnissen von Theorie und Praxis entspricht. Deshalb sind die gründlichen und sachverständigen Untersuchungen des Verfassers als geeignetes Mittel zur weiteren Klärung des Markenproblems zu begrüßen.

Nach einleitenden Kapiteln über die Aufgaben der Preise in der sozialen Marktwirtschaft und die Spannenbildung sowie die Wettbewerbslage im Handel wird der Markenartikel und die vertikale Preisbildung behandelt. Dabei werden auch die preislichen Auswirkungen auf den Handel und die Marktstruktur berücksichtigt. Besonders interessant sind die Bemerkungen über stillschweigende Markenartikel-Kartelle. Nachdem in einem Abschnitt noch auf die durch ausgiebige Werbung verstärkte Konkurrenz in Markenartikeln hingewiesen wird, wird im letzten Kapitel das Interesse der Verbraucher an Festpreisen erörtert. Hier sollen die Ausführungen in den Vorbemerkungen über 10 häufige Mißverständnisse und die Zusammenfassung im Schluß auszugsweise hervorgehoben werden: Waren werden irrtümlich als Markenartikel bezeichnet. Sonderheiten einzelner Warenmärkte werden auf den Bereich des gesamten Markenartikel-Wesens bezogen. Auswirkungen der jeweiligen Marktform werden als Folge der vertikalen Preisbindung (v. P. B.) angesehen. Der v. P. B. werden Wirkungen zugeschrieben, die durch andere Faktoren verursacht werden. Durch irrtümliche Auslegungen des Begriffs „Meinungsmonopol“ werden die Beeinflussungsmöglichkeiten der Produzenten überbewertet. Auswüchse der Reklame und überhöhte

Spannen finden sich in vielen Bereichen der Absatzwirtschaft. Eigenarten des Handels werden nicht genügend berücksichtigt. Die Leistungen des Handels, denen sich die Markenhersteller anzupassen haben, werden unterschätzt. Unterschätzt wird auch die werbende Wirkung fester Verbraucher-Preisangaben des Herstellers und die Reagibilität der meisten Hausfrauen gegenüber Preisherabsetzungen.

In der Zusammenfassung wird auf die verwirrende Vielschichtigkeit der Probleme hingewiesen und auf fünf wirtschaftspolitisch bedeutsame Fragen geantwortet. Ein echter Markenartikel entsteht allmählich durch Anerkennung der Qualität. Die v. P. B. soll eine mögliche Konsequenz des echten Markenartikels, nicht aber der erste Schritt sein. Wenn örtliche Preisgleichheit und zeitliche Preisstabilität absatzfördernd wirken, können mit der v. P. B. vom Hersteller Gewinne erzielt werden, die weder zu Lasten der Händler noch der Konsumenten gehen. Die v. P. B. löst in einigen Teilbereichen positive, in anderen negative Wirkungen aus, die aber im Vergleich zu anderen das Marktverhalten beeinflussenden Erscheinungen unbeachtlich sind. Direkte Zusammenhänge zwischen v. P. B. und Werbeaufwand bestehen nicht. Unter den in Deutschland gegebenen Marktverhältnissen bringt eine v. P. B. bei echten Markenartikeln der Masse der Käufer mehr Vor- als Nachteile. Wenn man in Einzelheiten auch abweichende Auffassungen vertreten könnte, kann man dem Verfasser in der großen Linie doch zustimmen. Mit dieser instruktiven und wirklichkeitsnahen Behandlung der schwierigen Fragen des Markenartikels hat sich der Verfasser ein Verdienst erworben. Max Metzner - Berlin

Heurlein, Lauri Olaf: *The Economic Theory of agricultural Production* (Annales Academiae Scientiarum Fennicae, Ser. B Tom. 8, i.). Helsinki 1954.

Eine theoretische Arbeit, die den ökonomischen Prozeß der agrarischen Produktion als Ganzes untersuchen will. Man kann bei der rein abstrakten Gedankenführung im Zweifel sein, ob der Gegenstand als Objekt der theoretischen Nationalökonomie methodengerecht behandelt werden kann. Mir scheint er in das Gebiet der landwirtschaftlichen Betriebslehre zu gehören, wo dann andere und wahrscheinlich fruchtbarere Methoden angewandt werden müßten, die dem Gegenstand und der Besonderheit der agrarischen Produktion entsprechen. W. M. Frhr. v. Bissing - Marburg-Kassel

Landwirtschaft und Markt in Bildern, Worten und Zahlen. Bearbeitet im Institut für landwirtschaftliche Marktforschung Braunschweig-Völkenrode. „Agrarwirtschaft“, Sonderheft 1954. Alfred Strothe Verlag, Hannover. 76 S.

Eine sehr nützliche, gut übersichtliche und zweckmäßige Darstellung der landwirtschaftlichen Erzeugung, der Einfuhr an Agrarprodukten, von der Nachfrage und dem Verbrauch landwirtschaftlicher Erzeug-

nisse, ihrer Preisbildung und ihrer Preise sowie der Lage der Landwirtschaft in Zahlen mit graphischen Darstellungen und kurzen Erläuterungen. Dabei wird ständig darauf hingewiesen, wie die Größe des Umsatzes der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und damit die Lage der Landwirtschaft selbst in weitgehendem Maße von der Gestaltung der Massenkauflkraft abhängig ist. Damit ist es aber auch klar, daß die Forderung nach der sogenannten Preisparität wohl kaum das Mittel sein dürfte, mit dem der deutschen Landwirtschaft ein sicherer Weg in die Zukunft gegeben werden kann.

W. M. F r h r. v. B i s s i n g - K a s s e l - M a r b u r g

S t a m e r, H a n s: *Die wirtschaftlichen Auswirkungen der ländlichen Siedlung*. Untersuchungen über Produktivität und Rentabilität der Agrarreform in Schleswig-Holstein. (Kieler Studien, Forschungsberichte des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, herausgegeben von Professor Dr. Fritz Baade. Heft 32.) Kiel 1955. VII, 151 S., 4 Schaubilder.

Der Verfasser gibt eine sehr sorgfältige Untersuchung über sein Thema, das nicht nur die Verhältnisse der Siedler in Schleswig-Holstein, sondern blitzartig und eindringlich auch die wunden Punkte in der Lage der westdeutschen Landwirtschaft überhaupt heraustreten läßt. Damit werden aber gleichzeitig deutliche Hinweise auf die notwendige Richtung der deutschen Agrarpolitik gegeben. Der Kernpunkt der Agrarpolitik kann nicht mehr, wie zeitweilig zwischen den beiden Weltkriegen, bei der Siedlung liegen. Diese tritt vielmehr durch die veränderten agrarischen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in den Hintergrund. Sie hat heute eine außerhalb volkswirtschaftlicher Erwägungen liegende Aufgabe, nämlich die aus den deutschen Ostgebieten vertriebenen Landwirte wenigstens zum Teil wieder seßhaft zu machen.

Das entscheidende Problem, das bei der Untersuchung der neuen ländlichen Siedlungen in Schleswig-Holstein klar und eindeutig herausgetreten ist, ist wie die Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit je Arbeitskraft gehoben werden kann, um dadurch auch das landwirtschaftliche Arbeitseinkommen zu heben. Eine solche Steigerung der Arbeitsproduktivität je Arbeitskraft ist umso aussichtsloser, je kleiner der Betrieb ist.

Um die Rentabilität der Betriebe zu ermitteln, geht der Verfasser nur von dem zusätzlich eingesetzten Kapital aus, und dazu gehört nicht das für den Erwerb der zur Siedlung bestimmten Güter ausgegebene Geld. Damit wird jedoch die Frage nach der Angemessenheit des Bodenpreises ausgeschaltet. Für den Siedler ist es aber von erheblicher Bedeutung, wie hoch der Preis ist, den er für seinen Boden zu zahlen hat, denn danach richtet sich auch die Rente, die er entrichten muß. Die Höhe der Bodenpreise ist nicht nur für den Siedler von Bedeutung, sondern auch für die „alten“ Landwirte. Es ist nämlich eine alte

Erfahrung, daß in den Jahren, die auf eine Währungsstabilisierung folgen, die Bodenpreise noch längere Zeit sich auf einem Niveau bewegen, das weit über dem mit dem landesüblichen Zinsfuß kapitalisierten Reinertrag liegt. Das ist eine Folge des Strebens, Grund und Boden zu erwerben, um sich vor den Folgen einer etwa neu einsetzenden Geldentwertung zu schützen. Als preissteigerndes Moment kommt in der jetzigen Zeit die starke Verdichtung der Bevölkerung in dem kleiner gewordenen Raum hinzu. Endlich darf nicht vergessen werden, daß auch die Steuerwerte, die an die früheren Bodenwerte und Preise Anschluß nehmen, dazu beitragen, den Bodenpreis hoch zu halten, so daß er nicht den veränderten Zins- und Ertragsverhältnissen entspricht. Dieser Frage nachzugehen, hätte sich in der sonst so aufschlußreichen und methodisch sorgfältig aufgebauten Darstellung gelohnt.

W. M. F r h r. v. B i s s i n g -Kassel-Marburg

Dorfuntersuchungen. Vorträge und Verhandlungen der Arbeitstagung der Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e. V. Bonn vom 21. bis 22. Januar 1955. Veröffentlichung der Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e. V., Bonn. (Berichte über Landwirtschaft, Zeitschrift für Agrarpolitik und Landwirtschaft, herausgegeben vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Neue Folge, 162. Sonderheft.) Hamburg 1955. Verlag Paul Parey. 162 S.

In zwei grundlegenden Vorträgen von W. Abel und H. Kötter werden die Strukturwandlungen in der dörflichen Gesellschaft und in der bäuerlichen Wirtschaft dargelegt. Als Material für die beiden Vorträge dienten die im Auszug wiedergegebenen agrarsoziologischen Forschungen der an der Dorfuntersuchung beteiligten Forschungsinstitute. Es ist nur zu hoffen, daß diese Arbeiten auch ungekürzt im Druck erscheinen. Alle Vorträge und Untersuchungen zeigen, wie die Kleinbauernfrage die soziale Frage der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts geworden ist. Damit ist das eine Problem, mit dem sich die heutige Agrarpolitik vordringlich zu beschäftigen hat, klar herausgestellt. Das zweite wird von H. Kötter mit seinen Ausführungen über die Sozialbrache ans Licht gezogen. Sozialbrache ist landwirtschaftlich genutzter Boden, der vorübergehend funktionslos geworden ist. Die Ursache dafür liegt darin, daß eine bestimmte soziale Schicht des Landvolks aus irgendwelchen Gründen das bisher von ihr bearbeitete und bewirtschaftete Land nicht mehr bewirtschaftet, sondern brach liegen läßt. Eine andere soziale Schicht des Landvolks ist aber nicht bereit, dieses Brachland in Bewirtschaftung zu nehmen, so daß der Boden funktionslos wird. Die Dorfuntersuchungen zeigen jedenfalls, daß die wichtigsten Aufgaben der Agrarpolitik heute nicht auf dem Gebiete der Markt- und Preisbeeinflussung, sondern im Dorf und in der kleinbäuerlichen Wirtschaft liegen.

W. M. F r h r. v. B i s s i n g -Kassel-Marburg

D a m s, T h e o d o r: *Materialien zur Frage der Handels- und Verarbeitungsspannen landwirtschaftlicher Erzeugnisse*. Übersicht über Untersuchungen und Arbeitsprogramme der verschiedenen Forschungsinstitute im Auftrage des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Bonn 1955. Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e. V., 80 S.

Eine kurze Übersicht über Struktur und Probleme der agrarischen Märkte wird ergänzt durch einen für Lehre und Forschung beachtenswerten Überblick über die Forschungs- und Fachinstitute auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Marktforschung, ihrer geplanten und veröffentlichten Arbeiten.

W. M. F r h r. v. B i s s i n g - K a s s e l - M a r b u r g

L e h b e r t, B e n: *Entwicklungstendenzen in der westeuropäischen Energiewirtschaft*. (Kieler Studien, Forschungsberichte des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Nr. 35.) Kiel 1955. VII, 84 S., 4 Schaubilder.

Mit der Genfer Atomkonferenz wurde eigentlich erst so recht die Aussicht eröffnet, daß die Energiewirtschaft in absehbarer Zeit, vorerst freilich nur in bestimmten Ländern, vor strukturellen Umwälzungen steht, und schon hat der vor Monaten konstituierte Energieausschuß der OEEC bei den Mitgliedsstaaten vorgefühlt, um sich über Bedarf und Bezugsquellen von Energie zwischen 1960 und 1975 zu orientieren. Grundbedingung für sinnvolle Bewältigung einer solch prognostischen Aufgabe ist selbstredend aber ein tieferer Einblick in den gegenwärtigen Status oder präziser in eine durch Istziffern konkretisierte Inventarisierung von Angebot und Nachfrage. Um so erfreulicher daher berichten zu können, daß hierzu der Verfasser mit seinen den Zeitraum von 1920 bis 1953 umspannenden Tabellen über Erzeugung, Verbrauch und Außenhandel der verschiedenen Energieträger Westeuropas und der Montanunion bereits beste Vorarbeit leistete, zumal er eingangs der respektablen Statistiken ihrer sauberen Verwendbarkeit halber die bei der Erstellung gebrauchte Methodik näher auseinandersetzt.

Auch die von Leibert aus seinen Entwicklungsreihen gewonnenen Erkenntnisse — bei steigender Industrieproduktion und Energieausbeute seit 1920 lediglich relativ geringe Zunahme des Endverbrauches von Energieträgern, was einmal dem infolge technischer Fortschritte verbesserten Wirkungsgrad der Energiewandler zuzuschreiben sei und zum anderen dem stetig voluminöser werdenden Anteil der sekundären Energieträger am Endverbrauch, also der vordringenden Neigung zum Verbrauch veredelter Produkte, kurz der „Veredlungstendenz“ — sind mit Nutzen auszuwerten. Denn nach den Auslassungen in Genf wird die Kernspaltung zunächst mit den herkömmlichen Energieträgern in Konkurrenz treten und soll später ganz und gar in die Lücke einspringen, die durch die unabwendbare Erschöpfung der Reserven an fossilen Brennstoffen zu entstehen droht, und das besagt à la longue,

daß sich die Veredlungstendenz nicht zuletzt wegen des angekündigten billigeren Preises der Atomkraft noch viel mehr entfalten dürfte.

Arthur Dissinger - Ravensburg

Ottel, Fritz: *Wettbewerb Schiene — Straße im Güterverkehr*.

(Schriftenreihe Wirtschaft und Wettbewerb, Heft 1.) Düsseldorf 1955. Verlag Handelsblatt G. m. b. H. 36 S.

Von den zahlreichen Publikationen zu dem oft nur spezifisch politisch ausgeschlachtetem Thema dürfte die Broschüre von Ottel auch demjenigen, der etwa der Eisenbahn zuliebe nicht jedes Wort zu unterschreiben vermag, Genuß und Anregung bereiten, jedoch nicht allein wegen der mitunter recht scharf pointierten Ausdrucksweise, weit eher noch deshalb, weil die ausgefeilte Argumentation um Für und Wider in dem mehrseitigen Interessenkampf nicht am Denkmodell der Marktformen haftet, sondern die dem modernen Güterverkehr inhärente Dynamik als einzig brauchbares Richtmaß qualifiziert. Das Aufkommen des Kraftfahrzeugverkehrs für die durch ihn verursachten Straßenkosten nach dem Wiederbeschaffungswert selbst bei früher gebauten Straßenanlagen bemessen zu wollen, laufe ebenso sehr den Prinzipien des Wettbewerbs zuwider wie das Verlangen nach Verzinsung des investierten Kapitals. Für den Verfasser sind auch alle die Auslagen für Straßenzwecke überschießenden Erträge aus den Verkehrswegen kurz und schlicht Gewinn. Übereinstimmend damit bilanziert in der Schweiz, wo übrigens die Hälfte des vom Bund vereinnahmten Treibstoffzollens an die Kantone ausdrücklich für das Straßenwesen abgeführt wird (vgl. hierzu meine Besprechung von Zellers Schrift „Die fiskalische Belastung des Motorfahrzeugverkehrs“ in diesem Jahrbuch, 75. Jahrgang, 1955, S. 511 f.), der dortige Straßenverkehrsverband das öffentliche Wegenetz als ein gutes Geschäft für den Staat, wozu noch der in Ziffern gar nicht meßbare Nutzen geschlagen werden müsse, der indirekt der Gesamtwirtschaft durch instandgehaltene Straßen zufalle (Probleme des schweizerischen Straßenbaus, Neue Zürcher Zeitung, Fernausgabe Nr. 252 vom 13. September 1955). Erlaubt zwar die Situation in Deutschland keinerlei Vergleich, in Anbetracht der Zugehörigkeit der Straßen zu den Einrichtungen staatlicher und volkswirtschaftlicher Existenz kann es aber keinesfalls anachronistisch sein, wenn Ottel von beabsichtigter „Ausbeutung“ des Kraftfahrzeugverkehrs zwecks „Sanierung“ der Eisenbahn spricht (S. 16) und statt amtlicher Beschneidung des Wettbewerbs Wirtschaftlichkeit in der Verkehrspolitik fordert, indem die „betriebliche Verkehrsdisposition“ weitestgehend den Unternehmern überlassen werde (S. 29). Nicht schematische Marktformen, lediglich nach individueller und vertretbarer Transportleistung sowie nach Leistung zu festem Tarif unterteilte Beförderungstypen würden Verkehrsverschwendung und ruinösen Wettbewerb ausschließen. Darum wäre es auch ökonomisch kurzsichtig, durch Zwang oder „prohibitive Besteuerung“ ein Untersagen oder eine Einengung der nicht minder dem

Straßenverkehrsgewerbe mißliebigen Konkurrenz des Werkverkehrs zu versuchen (S. 30 und 34), und in dieser Annahme trifft sich nun der Verfasser insofern mit W. Hamm, als nach dessen gegenüber der Schrift „Schiene und Straße“ (vgl. meine Besprechung in diesem Jahrbuch, 75. Jahrgang, 1955, S. 638 f.) verbesserten Aussage (Der unbeliebte Werkverkehr, Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 48 vom 26. Februar 1955) der mit „überflüssig“ titulierte Werkverkehr, der teilweise nur eine Ausgeburt der Konzessionierung des Güterfernverkehrs sei, nicht durch „noch so hohe“ Beförderungssteuer gefaßt werden könne und überdies eine „radikale“ steuerliche Belastung besonders des Werkfernverkehrs den Betriebsnotwendigkeiten kaum gerecht werde. Der Werkfernverkehr ist eben in den meisten Unternehmen schon jahrelang ein im betrieblichen Prozeß verwurzelter Faktor, der schwerlich ohne Schaden für die Volkswirtschaft eliminiert werden kann.

Arthur Dissinger-Ravensburg

Arnold, Bruno: *Die Grundlagen der Tarifpolitik für den Nordostseekanal*. (Kieler Studien, Forschungsberichte des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Nr. 17.) Kiel 1951. 107 S., 8 Schaubilder.

Ausgangspunkt der Problematik der vorliegenden Studie ist die Tatsache, daß der Betrieb des Nordostseekanals von Jahr zu Jahr größere Zuschüsse erfordert. Eine wissenschaftliche fundierte und dementsprechend nicht nur deskriptiv gehaltene Behandlung der Tarifpolitik hat sich vor allem auf die theoretischen Grundlagen derselben zu besinnen. Der Verf. tut dies in der Weise, daß er das Substitutionsprinzip in den Mittelpunkt rückt und sich dabei literarisch auf Erich Schneider und Andreas Predöhl beruft. Es folgen Darstellung und Kritik der Epochen der bisherigen Tarifpolitik der Verwaltung des Nordostseekanals und dann im letzten Teil Vorschläge für die Neugestaltung des Tarifs. Am Schluß wird das Ergebnis dieser sorgfältig mit Tabellen und mit sonstigem statistischen Material versehenen Arbeit straff zusammengefaßt.

Friedrich Bülow-Berlin

Heyde, Ludwig: *Abriß der Sozialpolitik*. 10. neubearbeitete Auflage. Heidelberg 1953. Quelle & Meyer. 230 S.

Die vorliegende 10. Auflage des altbewährten Abrisses der Sozialpolitik hat in dankenswerter Weise die Betrachtung der sozialpolitischen Fragenkomplexe an die Gegenwart herangerückt. Der größte Teil des Textes ist neugestaltet, und die großen gesetzgeberischen Wandlungen der letzten Jahre sind berücksichtigt. Die Anordnung des Stoffes ist neu; zugrundegelegt wurde ihr das Subsidiaritätsprinzip. Die betriebliche Sozialpolitik ist einbezogen. Und wenn auch sicherlich hier und dort noch Ergänzungen hätten vorgenommen werden können mit Bezug auf die neueste Entwicklung (vgl. Soziale Sicherheit usw.), so läßt sich nicht verkennen, daß das Buch weiterhin ein guter Führer durch den so stark angewachsenen Bereich sozialpolitischer Maßnahmen darstellt.

Friedrich Bülow-Berlin

Achinger, Hans: *Soziale Sicherheit*. Eine historisch-soziologische Untersuchung neuer Hilfsmethoden. Stuttgart 1953. Friedrich Vorwerk Verlag. 139 S.

Die sozialpolitische Parole „Soziale Sicherheit“ findet in der vorliegenden historisch-soziologischen Untersuchung durch den auf diesem Gebiete besonders bewährten Verfasser eine sehr prägnante Darstellung. Der Begriff, der aus Amerika zu uns gekommen ist, wird auf Grund einer kurzen historischen Betrachtung, bei der die deutschen Verdienste hervorgehoben werden, definiert. Die Idee der sozialen Sicherheit wird als Erbe der Aufklärung und auf Grund der sozialen Theorien des 19. Jahrhunderts entwickelt und durch eine wirtschaftsgeschichtliche Herleitung ergänzt.

Die inhaltliche Darstellung fußt auf einer Analyse der drei verschiedenen Hilfeprinzipien: Fürsorge, Versicherung, Versorgung. Der Hinweis auf die amerikanische Literatur (Burns, Alva Myrdal usw.) ist sehr zu begrüßen, da auf diese Weise die Linien einer internationalen Entwicklung der Sozialpolitik aufgewiesen werden. Der Abschnitt über „Soziale Sicherheitspolitik in der modernen Wirtschaftsgesellschaft“ befaßt sich mit den Problemen der Einkommensverteilung, insbesondere den Fragen des Leistungslohnes, des Sicherungsbedarfs und der Nivellierungstendenzen. Die Ausführungen über „Wirtschaftskraft und Soziallast“ stellen die wirtschaftliche Dimension der Betrachtung der sozialen gegenüber. Der spezielle Teil gilt den einzelnen Risiken und ihrer Deckung (Kinder, Not, Krankheit, Invalidität, Arbeitslosigkeit, Alter). Die Schlußfolgerungen stellen mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit den Wandel dar, der durch die Forderung sozialer Sicherheit gegenüber dem früheren sozialen Gefüge der industriellen Gesellschaft und der ihr vorangegangenen Periode eingetreten ist.

Friedrich Bülow - Berlin

Schregle, Johannes: *Europäische Sozialpolitik*. Erfolge und Möglichkeiten. Köln-Deutz 1954. Bund-Verlag G. m. b. H. 108 S.

Der vorliegende Bericht über Erfolge und künftige Aufgaben der europäischen Sozialpolitik beruht auf Studien, die der Verfasser im Auftrag des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung durchgeführt hat. Die Darstellung erstreckt sich in erster Linie auf Maßnahmen zur europäischen Angleichung der Löhne und Arbeitsbedingungen, zur Angleichung der Systeme und Leistungen der Sozialen Sicherheit (Sozialversicherung, Versorgung und Fürsorge) und zur Schaffung eines gemeinsamen europäischen Arbeitsmarktes und gibt sowohl die Lage in den einzelnen Staaten als auch die Tätigkeit der bestehenden zwischen- und überstaatlichen Einrichtungen (Internationale Arbeitsorganisation, Brüsseler Pakt, Europarat, Montanunion, Europäischer Wirtschaftsrat, Zwischenstaatliches Komitee für Europäische Auswanderung) bis Ende 1953 wieder. Im Anhang wurden die Erklärung von Philadelphia über die Ziele und Aufgaben der Internationalen Arbeitsorganisation vom 10. Mai 1944 und die sozialen

Bestimmungen (Art. 22—30) der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948 im Wortlaut abgedruckt und die Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation, ihre jeweilige Ratifikation durch die europäischen Staaten und die Empfehlungen der Internationalen Arbeiterorganisation seit 1919 aufgeführt.

Die bisherigen Bestrebungen und Maßnahmen der einzelnen Staaten und der überstaatlichen Institutionen lassen eine zweifache Gestaltungstendenz erkennen: in vertikaler Richtung die möglichst weitgehende Vereinheitlichung der nationalen Sozial- und Arbeitsbedingungen und in horizontaler Richtung das Bemühen, zu einer innereuropäischen Freizügigkeit der Arbeitskräfte zu gelangen. Dabei ist eine europäische Wirtschaftspolitik für die europäische Sozialpolitik ebenso eine Voraussetzung, wie die Sozialpolitik für den Erfolg der Wirtschaftspolitik notwendig ist (S. 74 f.). Den Vorschlägen Schregles zur Erweiterung und Vertiefung der sozialpolitischen Zusammenarbeit in Europa kann durchweg zugestimmt werden.

Antonio Montaner - Mainz

Welt-Bevölkerungs-Atlas. Verteilung der Bevölkerung der Erde um das Jahr 1950. Nach den Ergebnissen der ersten Weltbevölkerungszählung herausgegeben von Dr. Friedrich Burgdörfer, Honorar-Professor a. d. Universität München, Präsident a. D. d. Bayerischen Statistischen Landesamtes. 1. Lieferung mit 5 Hauptkarten, Texten, Tabellen und Sonderkarten, Hamburg, 1954. Falk-Verlag.

Im Rahmen des von der Heidelberger Akademie der Wissenschaften (mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft) von Ernst Rodenwaldt herausgegebenen Welt-Seuchen-Atlas, eines dreibändigen geomedizinischen Kartenwerkes, legt Friedrich Burgdörfer die erste Lieferung seines Welt-Bevölkerungs-Atlas vor, dem die gesammelten Ergebnisse des ersten Weltbevölkerungszensus vom Jahre 1950 zugrunde liegen. Das in seiner Art erstmalige globale Kartenwerk, das als illustrative Ergänzung einer schon im Jahre 1952 erschienenen Schrift des Herausgebers: „Bevölkerungsdynamik und Bevölkerungsbilanz; Entwicklung der Erdbevölkerung in Vergangenheit und Zukunft“, München 1951, gedacht ist, will dem Beobachter in eindrucksvoller Weise ein Gesamtbild der globalen Bevölkerungsverteilung innerhalb der Großräume unseres Erdballs, wie sie sich als erste Momentaufnahme nach den unwälzenden Vernichtungs- und Umsiedlungsvorgängen seit dem zweiten Weltkriege abzeichnet, vermitteln.

Das Werk stützt sich auf die vom Statistischen Amt der Vereinten Nationen unter Mitwirkung internationaler Fachausschüsse organisierte gleichzeitige Erfassung eines Gesamtbestandes von rd. 1440 Mill. Erdbewohnern, die einen Bestandsanteil von fast 60 vH der Erdbevölkerung in einem auf 76 Länder verteilten Flächenumfang repräsentieren. Für den restlichen Teil der Erdbewohner — so für China mit einem Anteil von rd. 20 und für die UdSSR mit schätzungsweise 8 vH

der Erdbevölkerung — waren, ebenso wie für diejenigen Länder, die ihre Bevölkerungen bereits vor dem Weltzensus-Jahr erfaßt hatten, die fehlenden Daten durch entsprechende Zuschätzungen zu ergänzen.

Das als erste von drei Lieferungen nunmehr vorliegende Kartenwerk umfaßt vier Hauptsiedelungsräume in fünf umfänglich gleichen, und zwar, entsprechend der Raumgröße, maßstäblich unterschiedlichen Einzelkarten:

1. Europa (1 : 10 Mill.).
2. Mitteleuropa (1 : 5 Mill.).
3. Mittelmeerraum (1 : 5 Mill.).
4. Afrika (1 : 20 Mill.).
5. Vereinigte Staaten von Amerika mit angrenzenden Gebieten von Kanada und Mexiko (1 : 7,5 Mill.).

In der formalmethodischen Übernahme des Zahlenmaterials hat, nicht nur im Hinblick auf den geomedizinischen Charakter des Werkes, sondern vor allem auch im Interesse einer sinnfälligen Verdeutlichung der effektiven Raumbesetzung, die reale Methode in Form einer Wiedergabe der absoluten Menschenzahl Anwendung gefunden. Bei diesem Verfahren werden für die einzelnen Verwaltungseinheiten die Bevölkerungszahlen in Punkten als kleinsten Maßeinheiten eingezeichnet im Unterschied zur Quotenmethode, bei welcher durch Kenntlichmachung der durchschnittlichen Dichtigkeit in größeren Flächenstücken die unterschiedliche Massierung der Bevölkerung in den einzelnen Gebietsabschnitten der Gesamtfläche leicht verwischt wird.

Bei der Ausführung der Karten sind — in stufenweise fortschreitender minutiöser Kleinarbeit — zunächst für jedes Land auf großmaßstäblichen topographischen Karten die Bewohnerzahlen für die, soweit greifbar, untersten Verwaltungseinheiten eingesetzt worden; diese monographischen Grundkarten bilden das tragende Fundament für die dem Gebietsumfang entsprechend in unterschiedlichen Maßstäben angelegten globalen Teilkarten. Hierbei erscheinen die Bewohnerzahlen der einzelnen Gebiete durch die Zahl der Punkte repräsentiert, die, je nach dem Kartenmaßstab, für Einheiten von 1000 bis 10 000 Einwohner stehen.

Um den Sondercharakter der städtischen Siedlungsweise in der Stufenordnung der einzelnen Gemeindegrößenklassen noch klarer herauszustellen, ist die Wiedergabe der Einwohnermengen durch Punktzahlen mit einer gleichzeitigen Symbolisierung der jeweiligen Gemeindegrößen durch Kreise verschiedener Größe gekoppelt worden; diese Gruppensymbole sind als Kugeln zu denken, deren Volumen der städtischen Bevölkerungszahl entspricht.

Den fünf Hauptkarten sind eingehend spezialisierte Materialtabellen und Quellennachweise beigegeben, wodurch die Benutzung der Karten für den allgemeinen Informationsbedarf wesentlich erleichtert und zugleich dem speziell interessierten Benutzer wichtige

Hinweise für eigene Untersuchungsarbeiten an die Hand gegeben worden. So sind auf Sonderkarten für die behandelten Großräume u. a. die einzelnen Gebiete nach ihrer Zugehörigkeit zu bestimmten Zählabschnitten, unter besonderer Berücksichtigung der Erhebungsjahre 1947—1951 kenntlich gemacht worden. Außerdem wird jede der Großraumkarten, durch eine auf Kleinstmaßstab zusammengedrückte Veranschaulichung der Besiedelungsdichte in einer Hilfskarte ergänzt.

Wenn auch das Datenmaterial, auf das sich der vorliegende Atlas stützt, wie der Autor selbst mit Nachdruck betont, noch in mancher Hinsicht der Bereinigung und Ergänzung bedarf, so wird dadurch der Gesamtnutzwert des Werkes in keiner Weise geschmälert. Vielmehr dürfte der darin erbrachte Beweis, daß trotz der fehlenden Bausteine ein so großzügig angelegtes Kartenwerk in Angriff genommen und zu einem vorläufigen Abschluß gebracht werden konnte, den noch abseits stehenden Ländern als Ansporn dienen, durch eigene Beiträge an der künftigen Koordinierung und Vereinheitlichung der globalen Bevölkerungsstatistik mitzuwirken. Man darf dem Sachbearbeiter jedenfalls dankbar dafür sein, daß er, wie schon das Ergebnis der ersten Kartenlieferung beweist, allen Schwierigkeiten zum Trotz, das Werk in ganzheitlicher Geschlossenheit mit methodischer Rationalität und bildhafter Gestaltungskraft ausgeführt hat; und man kann überzeugt sein, daß mit dem Erscheinen der noch ausstehenden Lieferungen über weitere vier Großräume (Australien, Nordamerika, Südamerika, Asien) und die Erdbesiedelung im ganzen die globale Sozialstatistik um ein bedeutendes Standardwerk bereichert sein wird.

Charlotte Lorenz - Göttingen

Lechner, Hans — Hülschhoff, Klaus: *Parlament und Regierung*. München und Berlin 1953. C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung. 450 S.

Diese in den bekannten roten Beck'schen Taschenausgaben erschienene Textsammlung der Verfahrens- und Geschäftsordnungsvorschriften der obersten Bundesorgane ist wärmstens zu begrüßen, da sie vielfach nur schwer zugängliche, weitverstreute Bestimmungen zusammenfaßt. In Wirklichkeit enthält das Büchlein weit mehr als die Geschäftsordnungen von Bundestag, Bundesrat, Vermittlungsausschuß und Bundesregierung. Es bringt dazu noch das Grundgesetz, das — überholte — Wahlgesetz zum ersten Bundestag, das Wahlprüfungsgesetz, das Gesetz über die Entschädigung der Mitglieder des Bundestags nebst Ausführungs-Bestimmungen, ferner die Vorschriften über Bundeswagen, Flaggen, Dienstsiegel, Verdienstorden, Nationalhymne, Verfassungsschutz sowie die einschlägigen Gesetze über das Bundesverfassungsgericht. Eine Fülle kurzer Anmerkungen, insbesondere Verweisungen, sowie ein ausgezeichnetes Sachregister erleichtern die Benutzung des Buches.

Hans Peters - Köln.